

Gemeinsame Medienmitteilung

## **Breite Allianz will Steuergeschenke ans Ausland stoppen**

**Die Verrechnungssteuer-Reform beseitigt einen Standortnachteil und stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werk- und Forschungsplatzes. Die kantonalen Parteien (GLP, Mitte, FDP, SVP) sowie Wirtschaftsverbände und KMU kämpfen mit dem Berner Komitee gemeinsam für ein JA zur VST-Reform.**

Am 25. September stimmen wir nebst der AHV21-Reform und Tierhaltungsinitiative über die VST-Reform ab. Die wirtschaftliche Lage ist durch den Ukraine-Krieg und anhaltenden Lieferengpässen mit Unsicherheiten geprägt. In solchen Zeiten ist es besonders wichtig, dass die Schweiz ihre Hausaufgaben macht und Reformen anpackt. Dazu gehört die überfällige Reform der Verrechnungssteuer.

Nach geltendem Recht unterliegen Einkommen aus Zinsen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. In der Schweiz wohnende Privatpersonen können diese zurückfordern, wenn sie die Zinsen in der Steuererklärung angeben. Auf Zinsen aus Obligationen fällt die Verrechnungssteuer nur an, wenn die Obligationen in der Schweiz ausgegeben wurden. Dies ist ein Nachteil für die Schweizer Wirtschaft.

Heute vertreibt die Verrechnungssteuer das Obligationengeschäft ins Ausland. Diese Steuer bremst in ihrer aktuellen Form den Schweizer Finanzplatz aus und macht die Schweiz für Investitionen im Obligationenmarkt unattraktiv. Selbst diejenigen Investorinnen und Investoren, die die 35 Prozent zurückfordern können, setzen ihre Mittel lieber dort ein, wo nicht ein Teil des Kapitals zurückgehalten wird, bis die Rückzahlung stattfindet.

### **Verrechnungssteuer ist schon lange ein Bremsklotz**

Im Vergleich zum BIP gibt etwa Luxemburg 190 x mehr Anleihen aus als hierzulande. Um Geld aufzunehmen, geben viele Unternehmen ihre Obligationen deshalb in Ländern aus, in denen keine Verrechnungssteuer erhoben wird. Seit 2009 sank das Volumen an Obligationen um mehr als die Hälfte in der Schweiz. Schweizer Unternehmen sollen jedoch Obligationen vermehrt in der Schweiz ausgeben. Darum werden mit der Vorlage inländische Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit. Schweizer Obligationen werden so für Anlegerinnen und Anleger attraktiver. Weiter fällt mit der Vorlage auch die Umsatzabgabe für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere weg. Diese muss heute beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren bezahlt werden. Beide Massnahmen stärken damit die Schweizer Wirtschaft.

### **Rigorese Steuergeschenke stoppen**

Die Reform der Verrechnungssteuer stoppt Steuergeschenke ans Ausland. Das zurückgeholte Obligationengeschäft führt zu höheren Steuereinnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Zusätzlich führt der belebte Finanzmarkt zu besseren Konditionen für die Kreditvergabe. Laut Steuerverwaltung werden Obligationen bis zu 0.15 Prozent günstiger. Allein der Kanton Bern kann so gemäss eigenen Angaben jährlich bis zu CHF 4 Mio. an Zinsen sparen. Weiter profitieren das Gesundheitswesen, der ÖV und Energieunternehmen, was wiederum Innovationen und Nachhaltigkeit fördert. Die Stärkung des Kapitalmarkts birgt ebenso neue Chancen für unsere Pensionskassen.

Mit der Reform setzen wir uns für einen wiederbelebten Kapitalmarkt und für den Zugang zu günstigeren Finanzierungen ein. Damit stellt ein Ja zur VST-Reform für uns alle einen Mehrwert dar.

<https://www.zukunft-sichern.ch/>

## **Kontakt**

Casimir von Arx, Parteipräsident GLP Kanton Bern, 076 348 16 40

André Roggli, Co-Präsident Die Mitte Kanton Bern, 079 543 73 86

Stephan Lack, Parteipräsident FDP Kanton Bern, 031 320 36 36

Manfred Bühler, Parteipräsident SVP Kanton Bern, 078 717 81 17

Bern, 07. September 2022



Berner Komitee «Ja zur Reform der Verrechnungssteuer»

c/o Handels- und Industrieverein des Kantons Bern

Kramgasse 2, Postfach, 3001 Bern

Telefon 031 388 87 87

bern-cci.ch